Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Nr. 263. Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. Mittwoch, den 11. November Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. 1908.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstr. Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 20, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pf. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Stadtsparkasse Callnberg

verzinst alle Einlagen mit

3½ %.

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten Spareinlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse expediert an jedem Werktage von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabends von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

Die Volksbibliothek zu Callnberg

ist Montags von 2—3, Mittwochs und Sonnabends 11—12 Uhr geöffnet.

Die Volksbibliothek zu Hohndorf

ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur fleißigen Benutzung angelegentlichst empfohlen

Sparkasse zu St. Egidien.

Geöffnet: Dienstags und Freitags von nachmittag 3 bis 6 Uhr. Die Einlagen werden mit 3½ % verzinst und geheim behandelt. Geschäftslokal: Gemeindeamt daselbst.

Das Wichtigste.

* Heute wird im Reichstage Fürst Bülow die Interpellationen über die Veröffentlichung des Daily Telegraph beantworten.

* Der Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten wird am Donnerstag dieser Woche zusammentreten.

* Das Zeppelinsche Luftschiff ist gestern vom Reich offiziell übernommen worden.

* Der König von Sachsen ist gestern früh über Weimar nach Tarvis abgereist.

* Der akademische Senat der deutschen Universität Prag hat beschlossen, zu demissionieren, wenn die Regierung nicht schleunigst die durch die tschechischen Pöbelexzesse geschaffenen skandalösen Zustände beseitige.

* Zum deutschen Botschafter in Washington ist der bisherige deutsche Generalkonsul in Kairo, Graf Bernstorff, in Aussicht genommen.

Vom tschechischen Kriegsschauplatz

Wenn man die Berichte über die jetzt so oft wiederkehrenden Prager Ausschreitungen liest, so muß man den Eindruck gewinnen, daß in Böhmen alle Bande der staatlichen Ordnung gelöst seien. Das Verhalten der Regierung und der Polizeibehörden ist derart, daß eine Wiederholung solcher Tumulte täglich zu gewärtigen ist. Auf die naheliegende Frage, wohin dieser Zustand schließlich führen soll, ist nicht leicht eine befriedigende Antwort zu finden.

Die tschechischen Angriffe gegen Deutsche stellen sich als Vergeltung dar für die Obstruktion, die die deutschen Abgeordneten im Böhmischen Landtage getrieben haben und die zur vorzeitigen Schließung des Landtages geführt hat. Die deutschen Abgeordneten hatten obstruiert, weil sie sich bei den Wahlen zum Bureau des Landtages benachteiligt glaubten. Gleich nach dem Einsetzen der deutschen Obstruktion waren von Seiten der Tschechen Demonstrationen gegen die Deutschen geplant: damals war aber noch die Prager Jubiläums-Ausstellung geöffnet, und man durfte den einträglichen deutschen Besuch nicht abschrecken. Kaum war die Ausstellung geschlossen, als die Angriffe gegen die Deutschen losbrachen. Das Deutsche Theater wurde beschädigt, die Lesehalle der deutschen Studenten wurde gestürmt, Studenten wurden blutig geschlagen. Alles das vollzog sich unter den Augen der Polizei, die gleichmütig dem Vernichtungswerk zusah. Das halbamtliche „Wiener Fremdenblatt" erteilte zwar den Exzedenten im Auftrage der Regierung eine dringende Warnung um die andere und drohte schließlich mit den schärfsten Maßregeln: die abermaligen Ausschreitungen vom Sonntag haben aber gezeigt, welche Autorität die Regierung bei den Tschechen genießt. Die offene Mißachtung, die der Regierung von der tschechischen Seite entgegengebracht wird, hat sich in letzter Zeit in einem anderen, noch viel drastischeren Falle geoffenbart. In dem Augenblicke, da die Annektion Bosniens und der Herzegowina Oesterreich in schwere internationale Verwickelungen zu stürzen droht, da Oesterreich wenigstens im eigenen Lager eines starken Rückhaltes benötigt, wird in Böhmen zu Gunsten der serbischen Kriegshetzer demonstriert und eine wüste Preßhetze gegen die „Vergewaltigung der slawischen Brüder in Bosnien und der Herzegowina durch eine fremde Macht" eingeleitet. Mit der „fremden Macht" ist Oesterreich-Ungarn gemeint! Und damit nicht genug, so unternahm der tschechischradikale Abgeordnete Klofac eine Agitationsreise nach Belgrad und fraternisierte dort mit den „Politikern", die in seiner Gegenwart das Volk zum Krieg gegen Oesterreich aufforderten. Dem allen muß man in Wien tatenlos zusehen, denn es fehlt der österreichischen Regierung an allen Mitteln, um die ungebärdigen Tschechen in Zaum und Zügel zu halten. In ihrer Macht- und Haltlosigkeit muß sich die Regierung mit Drohungen begnügen, auf die man in Prag schon seit geraumer Zeit nur mit höhnischem Lachen quittiert.

Die Deutschen, die in den letzten Jahrzehnten eine staatspolitische Stellung nach der anderen zu Gunsten der Tschechen opfern mußten, können heute gar keine Hoffnung auf Besserung der Zustände mehr hegen. Es hat eine Zeit gegeben, da man sich von dem drastischen Mittel einer administrativen Zweiteilung Böhmens in ein tschechisches und ein deutsches Gebiet Besserung versprechen konnte. Diese Zeit ist vorbei. Die bloße Ankündigung eines solchen Vorhabens würde heute zu den denkbar schwersten Folgen führen. Jedenfalls tun aber die Tschechen alles, um die Bündnisstärke Oesterreichs für den Dreibund zu untergraben, drängen sie doch ganz anderen Zielen zu.

Deutsches Reich.

Dresden. (Landtag.) Die Tagesordnung für die gestrige Sitzung der Zweiten sächsischen Kammer mußte in der Hauptsache infolge einer Erkrankung des Staatsministers Grafen Hohenthal abgesetzt werden. Die Kammer erledigte infolgedessen nur wenige Etatskapitel.

— (Der nationalliberale Abgeordnete Oberstudienrat Professor Dr. Rühlmann in Döbeln, der den 9. städtischen Kreis Döbeln usw.) im Landtage vertrat, hat für die Nachsession einen Urlaub genommen und sich in eine Heilanstalt begeben. Dr. Rühlmann wird voraussichtlich nicht wieder in den Landtag zurückkehren, vielmehr sein Landtagsmandat niederlegen.

— (Der Abgeordnete Langhammer) dürfte in diesen Tagen als Zeuge in Sachen des Verschwindens des Schmidtschen Entwurfes zur Wahlrechtsreform gerichtlich vernommen werden. Er war im Besitze eines solchen Entwurfes und betonte in einer Versammlung, daß ihm ein günstiger Wind das Schreiben auf den Schreibtisch geweht habe.

— (Ein Antrag zum sächsischen Berggesetz.) Die drei freisinnigen Abgeordneten haben in der Zweiten Kammer folgenden Antrag eingebracht: „Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Ständeversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die auf die Bergstädte sich beziehenden Leistungen des allgemeinen Berggesetzes in einer die Interessen des Grundstücksbesitzes berücksichtigenden Weise abgeändert werden und die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschluß einzuladen."

Berlin. (Sowohl die Kaiserin, wie auch der Kronprinz) sollen dem Kaiser gegenüber ihr Erstaunen über die Veröffentlichung des Daily Telegraph ausgedrückt haben. Ebenso hatte der Reichskanzler verfügt, daß die sämtlichen Preßstimmen über die Angelegenheit dem Kaiser vorgelegt würden. Kaiser Wilhelm hat sie nicht nur gelesen, sondern auch mit persönlichen Randbemerkungen versehen. Bestätigt sich auch die erstere von der Neuen Freien Presse gebrachte Nachricht, so schuldet das deutsche Volk seiner Kaiserin wie dem Kronprinzen herzlichen Dank.

— (Die Vorgeschichte der Krisis.) Die Wiener Allgemeine Zeitung will von bestinformierter Seite folgende authentische Mitteilung über die Vorgeschichte der Kanzlerkrisis erhalten haben: Als Fürst Bülow das Interview im Daily Telegraph gelesen hatte, sandte er sofort an Kaiser Wilhelm einen Brief, der ungefähr folgendermaßen lautete: Ew. Majestät haben seinerzeit geruht, mir die Zusage zu machen, daß keinerlei Aeußerungen Ew. Majestät ohne meine vorherige Verständigung veröffentlicht werden sollen. Ich ersehe aus der mir zugekommenen Nummer des Daily Telegraph, daß Ew. Majestät von dem früheren Standpunkte abgekommen sind und erbitte daher meine Entlassung." — Die Antwort des Kaisers lautete kurz und bündig: „Was fällt Ihnen ein, lieber Bernhard, der Akt ist ja von Ihnen gezeichnet". Darauf schrieb der Fürst einen zweiten Brief, in dem es unter anderem hieß: „Nachdem lediglich auf mein Verschulden eine für Ew. Majestät so peinliche Situation entstanden ist, erneuere ich hiermit mein Demissionsgesuch und erbitte meine sofortige Entlassung." Wie das Blatt weiter erfährt, wird in diplomatischen Kreisen Wiens die Stellung des Fürsten Bülow als eine befestigte betrachtet und ist eine Kanzlerkrisis um so weniger noch zu erwarten, als der Kaiser einen Kanzlerwechsel durchaus vermieden sehen will und dem Fürsten Bülow weiter sein Vertrauen zuwendet. — Warten wir es ab. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Fürst Bülow heute im Reichstage einen schweren Stand haben: die Mehrheit will von ihm ganz bestimmte Garantien verlangen und von der Zusicherung dieser Forderung Bülows Glück und Ende abhängig machen.

— Der Reichstag verwies gestern das Weingesetz an eine besondere Kommission und nahm dann den Entwurf über die Festsetzung des Marktpreises für Schlachtvieh nach dem Lebendgewicht in erster Lesung ohne Kommissionsberatung an.

— (Casablanca.) Auf Grund des Berichtes des französischen Polizeikommissars über den Casablanca-Zwischenfall wird in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklärt, daß seitens der Behörden oder des Haager Schiedsgerichts neue Erhebungen stattfinden müssen. — Man kann danach wohl annehmen, daß der Wunsch Frankreichs, die ganze Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu übertragen, in Erfüllung gehen wird. Daß die französischen Berichte anders lauteten als die Angaben der verantwortlichen deutschen Stellen in Marokko, war übrigens bekannt. Es erscheint uns daher nicht ganz klar, warum plötzlich die Angaben eines französischen Polizeikommissars die ganze Sachlage zu unserem Nachteil verändern sollen. Hegte man in Berlin Zweifel an der Richtigkeit der deutschen Darstellung, so durfte man den Franzosen nicht die Gelegenheit zu einem diplomatischen Erfolg geben. Die englischen Blätter preisen natürlich fortgesetzt Frankreichs Sache als gerecht und versprechen ihr Englands Unterstützung.

SLUB Wir führen Wissen.